

BUND-Pressemitteilung vom 24. Juli 2019

## **++ Klimakrise führt zu neuem Waldsterben: flächendeckender Waldumbau von Nadelforsten hin zu Laubmischwäldern muss endlich vorrangig werden ++**

Berlin. Angesichts absterbender Waldbestände in ganz Deutschland fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimakrise zu stoppen und ein „Waldsterben 2.0“ abzuwenden. Dazu gehöre eine umwelt- und sozialverträgliche CO<sub>2</sub>-Abgabe ebenso wie ein umfassendes sektorspezifisches Maßnahmenpaket, insbesondere der überfällige Einstieg in den Ausstieg aus der Kohle. Der BUND mahnt zudem, Nadelholz-Monokulturen endlich in Laubmischwälder umzubauen und die Wälder schonender zu bewirtschaften, um diese besser gegen den Klimastress zu wappnen. Der BUND stellt hierzu zehn Forderungen an die Entscheiderinnen und Entscheider in Politik, Forstwirtschaft und Jagd.

„In Deutschland sind die Wälder am stärksten von der Klimakrise betroffen. In Folge der anhaltenden Trockenheit und Hitze der letzten Jahre spitzt sich die Situation dramatisch zu, es droht ein ‚Waldsterben 2.0‘“, warnt Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND. „Die Bäume sind durch den permanenten Eintrag von Luftschadstoffen und durch die Überdüngung aus der Luft geschwächt, der Waldboden ist ausgedorrt. Waldbrände, Stürme und Massenvermehrungen von Borkenkäfer und Nonne lassen in der Folge ganze Waldbestände aus naturfernen Fichten- und Kiefernmonokulturen zusammenbrechen“, erläutert Weiger. Doch auch einige Buchenwälder seien durch den Klimastress so geschwächt, dass die Bäume ihr Laub frühzeitig abwerfen oder gar absterben.

„Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Wenn wir nicht jetzt die Ursachen für die Klimakrise und das Waldsterben bekämpfen, haben wir irgendwann nur noch Katastrophenholz und verlieren die heutigen Wälder“, mahnt Weiger. „Wir brauchen endlich mutige Entscheidungen zum Schutz des Klimas, auch auf globaler Ebene. Wir fordern die Politiker und Politikerinnen auf Landes-, Bundes- und Europaebene auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und umgehend wirkungsvolle Klimaschutzmaßnahmen zu beschließen“, so Weiger. Die Schäden für Gesellschaft sowie Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer durch die Klimakrise seien heute schon enorm, erklärt Weiger. Die Folgekosten durch ein weiteres Aussitzen der Klimakrise durch die Politik seien deutlich höher als die Kosten für längst überfällige Klimaschutzmaßnahmen. „Denn wenn die Wälder sterben, verlieren wir mit ihnen unser naturnächstes Drittel in Deutschland - mit unübersehbaren Folgen, vor allem für die Trinkwasserversorgung für Millionen von Menschen“, so Weiger.

Weiger weiter: „Um die gestressten Wälder besser gegen die Auswirkungen der Klimakrise zu schützen, müssen wir sie schonender behandeln. Wir müssen unsere Wälder endlich ökologisch verträglich bewirtschaften, sodass mehr Feuchtigkeit im Wald verbleibt und dieser sich selbst stabilisieren kann. Das bedeutet: weniger drastische Eingriffe für die Holzernte, ein Stopp der Entwässerung von Wäldern und die Vermeidung der Verdichtung von Waldböden durch Befahrung.“

Für diese und andere Punkte sei endlich eine Gute forstliche Praxis zu definieren und in allen Waldgesetzen verbindlich zu verankern, fordert Weiger.

„Naturferne Fichten- und Kiefernforste müssen dringend in naturnahe Laubmischwälder umgebaut werden“, mahnt der BUND. Dafür sei es zwingend notwendig, erhebliche Finanzmittel, auch für mehr Forstpersonal, bereitzustellen. Vorhandene Erfolge wie in den Wäldern um Berlin, dem brandenburgischen Stadtwald Treuenbrietzen oder dem Nürnberger Stadtwald zeigen, dass solche Waldumbaumaßnahmen die Waldbrandgefahr verringern. Überfällig sei es auch, die Vorgaben zum Wildtiermanagement so zu entwickeln und umzusetzen, dass durch entsprechende Bejagung des Schalenwilds eine natürliche Verjüngung von Laubbäumen ohne teure Zäune möglich ist. „Es ist ein Skandal, dass jahrelange Bemühungen von engagierten Försterinnen und Förstern, junge Laubbäume in Nadelholz-Monokulturen hochzubringen, aufgrund von Versäumnissen bei der Jagd immer wieder von Rehen und anderem Schalenwild vernichtet werden“, sagt Weiger.

Waldbesitzer und Kommunen, die ihre Nadelholz-Monokulturen zu naturnahen Laubmischwäldern umbauen wollen, seien finanziell besser zu unterstützen, fordert der BUND, beispielsweise durch den Waldklimafonds. Weiger begrüßt, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel den Waldbauern in besonderer Weise unter die Arme greifen wolle. Für ein Wiederaufforstungsprogramm, wie von der Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner gefordert, dürften jedoch keine Steuergelder für ein „Weiter so“ in der Forstwirtschaft verschwendet werden. Stattdessen sollte ein Mix aus Laubbäumen gepflanzt werden, Nadelbäume nur noch in Beimischung, auf exotische Baumarten wie Douglasie oder Roteiche müsse aus Naturschutzgründen verzichtet werden, fordert Weiger. Zudem sei die heimische Weißtanne zu fördern.

Der BUND fordert auch, dass sich langfristig mindestens zehn Prozent der Wälder dauerhaft als Naturwälder, frei von forstlichen Eingriffen entwickeln dürfen. In diesen „Urwäldern von morgen“ würden nicht nur seltene Tiere, Pflanzen und Pilze besonders geschützt, sondern die Forschung könne hier wertvolle Erkenntnisse gewinnen, wie sich der Wald in der Klimakrise selbst helfen kann.

„Die aktuelle, alarmierende Situation muss für die Bundesregierung Anlass sein, rascher und konsequenter die überfälligen Klimaschutzbeschlüsse herbeizuführen. Spätestens auf der Sitzung des Klimakabinetts im September müssen verbindliche Maßnahmen beschlossen und diese dem Bundestag umgehend zur Befassung vorgelegt werden“, so Weiger.

#### **Hintergrund:**

Die „BUND-Forderungen zum Waldsterben durch Klimakrise“ finden Sie unter:

[www.bund.net/waldkrise](http://www.bund.net/waldkrise)

**Kontakt:** Nicola Uhde, BUND-Expertin für Waldpolitik, Tel.: 030-275-86-498, Mobil: 0151-141 482 67, E-Mail: [nicola.uhde@bund.net](mailto:nicola.uhde@bund.net)

#### **BUND-Pressestelle:**

Sigrid Wolff | Judith Freund | Heye Jensen

Tel. 030-27586-425 | -497 | -464 | E-Mail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net), [www.bund.net](http://www.bund.net)

*Informationen zur Datenverarbeitung des BUND nach DSGVO finden Sie unter [www.bund.net/datenschutz](http://www.bund.net/datenschutz)*